

Taktische Finesse oder fauler Kompromiß?

Ließ sich die Dortmunder Ratsmehrheit durch ein erhofftes Plus von 5 Mio. DM Jahresgewinn überzeugen, auf ihren Einfluß bei der Gestaltung von Energieversorgung und öffentlichem Nahverkehr zu verzichten?

Lange Zeit sah es so aus, als sei die SPD-Mehrheitsfraktion im Rat der Stadt Dortmund entschlossen, die Stromverteilung ab 1995 in kommunale Hand zurückzuführen. Verschiedene Gutachten sind erstellt worden, um die Auswirkungen einer Stromnetzübernahme überprüfen zu lassen. Obwohl die WIBERA und die Gesellschaft für kommunale Energieberatung (GEKE) jeweils unabhängig voneinander ermittelten, daß die Übernahme des Stromnetzes durch die Dortmunder Stadtwerke ökonomische und ökologische Vorteile für die Stadt Dortmund mit sich brächte, hat der Rat mit den Stimmen der SPD am 28. November 1991 den Beschluß gefaßt, die gesamte Strom-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung sowie die Verkehrsbetriebe und 74% der Flughafenanteile einer gemeinsamen Gesellschaft zu übertragen, an der die Stadt Dortmund und die VEW zu jeweils 50% beteiligt sein sollen.

Damit könnten, so die Begründung der SPD, die "stadtwirtschaftlichen Ziele - Sicherung und Weiterentwicklung des öffentlichen Nahverkehrs durch Deckung steigender Defizite für diese Sparte" und die Risiken einer Rekommun-

lisierung (zu hoher Preis für das Stromnetz und die Entflechtung) vermieden werden. Die Verwaltung der Stadt Dortmund ist mit dem Beschluß aufgefordert worden, bis zum März 1992 mit Unterstützung der WIBERA ein geeignetes Beteiligungsmodell zu entwickeln.

Wenn diese gemeinsame Gesellschaft zustandekäme, hieße das, daß die VEW, die in Dortmund bislang nur für die Stromverteilung zuständig war, ab 1995 maßgeblich auch im Gas-, Fernwärme, Wasser- und Verkehrsbereich das Sagen hätte. Die ursprüngliche Intention, die Stromversorgung zu rekommunalisieren, wird mit diesem Ratsbeschluß ins genaue Gegenteil verkehrt. Entkommunalisierung statt Rekommunalisierung heißt die neue Linie in der Dortmunder Versorgungs- und Verkehrspolitik.

Ihre Parallele findet die neueste Ratsentscheidung in der Müllpolitik, wo sich die Stadt Dortmund mit der Gründung der Entsorgung Dortmund GmbH (50,1% Stadt Dortmund, 25,1% VEW, 11,95% Ruhrkohle, 11,95% DSW) bereits im Juli 1991 von einem weiter-

en wichtigen kommunalen Aufgabenfeld teilweise verabschiedete.

Mit ihrer Beteiligung an Abfallwirtschaft, öffentlichem Nahverkehr sowie der gesamten Energie- und Wasserversorgung würde die VEW zum bestimmenden Faktor in der Dortmunder Kommunalwirtschaft, gegen den die Politik kaum etwas ausrichten könnte.

Die VEW selbst ist ein Paradebeispiel für diesen Effekt. Bei ihrer Gründung 1925 noch ein rein kommunales Unternehmen, verwandelte sie sich Anfang der 30er Jahre in einen privatwirtschaftlich dominierten Energiekonzern, als amerikanische Kapitalgeber den städtischen Einfluß zunichte machten.

Blauäugig ist es, anzunehmen, mit einer 50%-Beteiligung könne die Stadt entscheidenden Einfluß auf eine gemeinsame Gesellschaft ausüben. Selbst 60 oder 70% reichten dazu nicht aus. Diese bittere Erfahrung mußte schon SPD-Parteigenosse Hans Ulrich Klose machen, der als Hamburger Oberbürgermeister 1976 vergeblich versuchte, die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) auf Anti-Atomkurs zu bringen. Trotz sage und schreibe 72% Mehrheit bei HEW war es der Stadt nicht möglich im Aufsichtsrat entsprechende Beschlüsse durchzusetzen. Klose sah sich schließlich genötigt, deswegen zurückzutreten.

Der Grund für die auf den ersten Blick kaum verständliche Diskrepanz zwischen Aktienmehrheit und geringem Einfluß erschließt sich bei einem Blick auf das Aktienrecht: Der Aufsichtsrat einer großen Aktiengesellschaft setzt sich aus je 10 Vertretern der Belegschaft und der Anteilseigner zusammen. In Dortmund wären dies 5 Vertreter der VEW und 5 Vertreter der Stadt, wobei sich die Sitze der Stadt auf die im



Rat vertretenen Parteien aufteilen. Den 5 städtischen Aufsichtsratsmitgliedern ständen 15 Vertreter von VEW und Belegschaft gegenüber. So wird aus stattlichen 50% gerade mal ein mageres und dazu noch oft uneiniges Viertel.

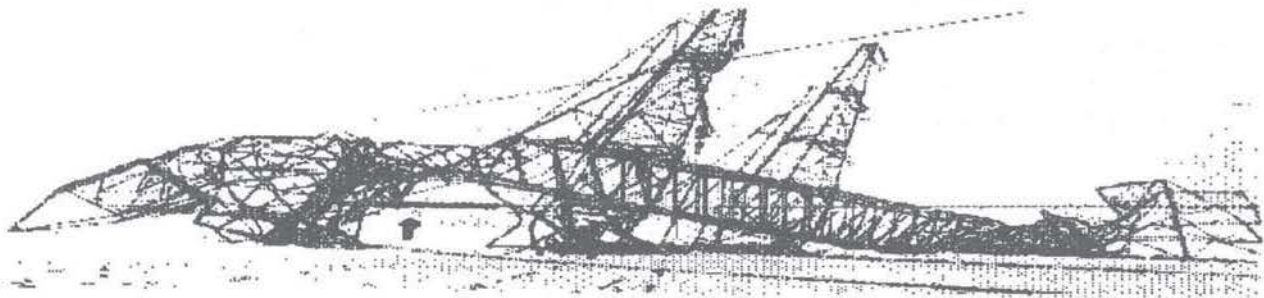
Auf der DSW-Aufsichtsratssitzung vom 24.9.91 legte der Stadtwerke-Vorstand einen Vergleich der Wirtschaftsergebnisse verschiedener Beteiligungsformen bei Energie, Wasser und Verkehr vor.

erheblichen Schwächung der demokratischen Kontrolle. War es bisher schon im Strombereich nicht möglich, die VEW durch Ratsbeschlüsse zu einer Umstrukturierung ihrer Energiepolitik zu bewegen, so gilt dies in Zukunft auch für alle anderen Bereiche.

- Zu befürchten ist zukünftig eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners. Zukunftsweisende Initiativen bei Energie und Verkehr blieben im Ge-

Gesellschaft ab, hat sie auch den Schwarzen Peter in der Hand. "Die Gesamtpartei soll nicht merken, daß die Genossen die Auffassungen des Energiewendekomitees Dortmund und der GRÜNEN zu 100% übernommen haben." interpretierte GRÜNEN-Ratsvertreter Sebastian Müller die Entscheidung der SPD-Fraktion.

Ob allerdings kommunale Politik so simpel kalkulierbar abläuft, darf be-



Sowohl die Beibehaltung der jetzigen Situation (Stromverteilung weiter durch VEW) als auch eine Beteiligung der VEW lediglich an den Versorgungsbetrieben (ohne Verkehr) beurteilten die Stadtwerker als wirtschaftlich nicht empfehlenswert. Bei einer Stromnetzübernahme allein durch die DSW schätzten sie die städtischen Einnahmen auf 26 Mio. DM, bei einer gemeinsamen Gesellschaft mit VEW (inklusive Verkehr) auf 31 Mio. DM jährlich.

Stadtwerke-Vorstandsmitglied Willi Reinke warnte jedoch vor den kommunalpolitischen Folgen einer gemeinsamen Gesellschaft: Bei einer Beteiligung von 50% könne VEW in der Hauptversammlung alle Dinge in ihrem Sinne beschließen. Was dann in Sachen Nahverkehr und Umsetzung des Energieversorgungskonzepts auf den Rat zukomme, brauche er an dieser Stelle nicht mehr besonders hervorzuheben, meinte Reinke.

Läßt sich die VEW auf den Ratsbeschluß zur Bildung einer gemeinsamen Gesellschaft ein, kommt es in der Tat zu erheblichen Nachteilen für die kommunale Verkehrs- und Energiepolitik, den entgegenüber das erhoffte Plus von 5 Mio. DM Jahresgewinn ein Klacks ist:

- Die Entkommunalisierung von ÖPNV und Energieversorgung führt zu einer

strüpp aus angeblichen Sachzwängen, Rücksichtnahmen und politischen Taktierereien hängen.

- Nimmt die Stadt Dortmund von der VEW Geld zur Finanzierung der Verkehrsverluste, wird sie politisch erpreßbar. Als Großstadt im Zeichen des drohenden Verkehrskollapses ist Dortmund auf einen funktionierenden und attraktiven ÖPNV angewiesen. Erst einmal in der Kommunalwirtschaft etabliert könnte die VEW ihre Millionen gegen Wohlverhalten verkaufen nach dem Motto: 'Läßt du mir meine Nachtstrom-Speicherheizungen, bin ich bereit, weitere Verkehrsdefizite mitzutragen.'

Noch glauben viele, die Einbeziehung des Verkehrsbereichs, in dem jährlich ca. 120 Mio. DM Defizite entstehen, sei für VEW eine "Kröte" (so SPD-Fraktionschef Zeidler), die der westfälische Stromkonzern nicht schlucken werde. Verweigert VEW die Beteiligung an der vorgeschlagenen Gesellschaft, dann, so sieht es der gefaßte Ratsbeschluß vor, soll den Dortmunder Stadtwerken die Stromkonzession allein übertragen werden. Das Vorgehen der SPD-Ratsmehrheit könnte also nur eine taktische Finesse sein, um gegenüber der Öffentlichkeit das Bemühen um eine einvernehmliche Lösung hervorzuheben. Denn: Lehnt VEW die Beteiligung an der vorgeschlagenen

zweifelt werden. Zu bedenken ist folgendes: Die Defizite im Verkehrsbereich sind zwar mit jährlich 120 Mio. Mark sehr hoch, lassen sich aber mit den Gewinnen aus sämtlichen Versorgungssparten in etwa abdecken. Ökonomisch ergibt sich für die VEW ein Nullsummenspiel. Hinzukommen wird aber der maßgebliche Einfluß auf die Geschäftspolitik in sämtlichen Energiesparten und beim Verkehr. Die VEW steht vor der Wahl, das Stromgeschäft und den Einfluß Ende 1994 abzugeben, oder das Stromgeschäft zwar auf etwa Null zu reduzieren, den geschäftspolitischen Einfluß aber erheblich auszuweiten. Die "Kröte" könnte sich daher als durchaus schmackhaft erweisen.

Taktische Finesse oder fauler Kompromiß? Klar ist auf jeden Fall: Selbst wenn der Ratsbeschluß als Einstieg in den Ausstieg der VEW gemeint sein sollte, geht die SPD ein hohes politisches Risiko ein. Was, wenn VEW nun doch Ja sagt? Und einen weiteren Vorwurf muß die Dortmunder Ratsmehrheit sich gefallen lassen: Wieder einmal haben rein finanzpolitische Argumente über die ökologische Verantwortung der Kommunalpolitik gesiegt: Ökologie ja, aber bitte nur, wenn sie nichts kostet und niemandem auf die Füße tritt.

Energiewende-Komitee Dortmund